

Bodo Finger, RC Bochum - Constantin

**Ryla Seminar Herne, 24. Febr. 2012**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
die zurückliegende Krise der Finanzmärkte mit ihren fatalen Auswirkungen auf die Realwirtschaft und damit unmittelbar auf das Sozialbudget des Staates hat uns nicht nur die Grenzen der Finanzierbarkeit der Wohlfahrt vor Augen geführt, sondern auch nachdrücklich ins Gedächtnis zurückgerufen, dass Wirtschaftsstrukturen und Wirtschaftsverfassung elementare Parameter einer Gesellschafts- und Sozialordnung sind. Ich möchte deshalb zu Beginn Ihres Seminars dazu einige Überlegungen anstellen, die Ihre gemeinsame Arbeit zu den verschiedenen Themen begleiten können. Das scheint mir deshalb wichtig, weil das unerwartet schnelle Ende der Wirtschaftskrise in Deutschland mit zunehmendem Zeitabstand den Blick auf ihre Ursachen und auf die reformbedürftigen Untiefen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verstellt, indem sich ein neues Anspruchsdenken verbreitet, bevor der materielle und ideelle Schaden aus dieser beispiellosen Depression behoben ist. Politisches Handeln, ein neues unternehmerisches Leitbild und die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft stehen deshalb im Mittelpunkt dieser Betrachtung.

Den Kritikern einer starken deutschen Exportwirtschaft, Globalisierungsgegner, Gewerkschaften, ein linkes Parteienspektrum, aber auch aus Ländern, die eher in einer Dienstleistungsgesellschaft als in der industriellen Wertschöpfung ihre wirtschaftliche Zukunft sehen, können wir nachvollziehbar entgegenhalten, dass es allein die Wiederbelebung des

Welthandels war, die den wertschöpfenden export-orientierten Volkswirtschaften, allen voran Deutschland, aus der Krise half. Gleichzeitig sollte uns dieser Erfolg nun erst recht nicht ruhen lassen, intensiv in Wissen und Bildung, in Forschung und Entwicklung, in industrielle Infrastruktur und in eben diese zukunfts-gerichtete Arbeitswelt zu investieren. Es geht nicht darum, vollkommener zu sein, als andere. Aber es geht darum, den technologischen Spitzenplatz zu behaupten und auszubauen, was – auch im Hinblick auf die demographische Entwicklung - morgen noch mühsamer sein wird, als es heute schon ist.

Im Übrigen gibt es zur Zufriedenheit oder bisweilen zu einer Selbstgefälligkeit keinen Grund, wenn wir uns selbstkritisch die Frage stellen sollten, ob es uns vielleicht nur relativ gut geht. Wenn der Finanzminister mit 415 Mrd Euro knapp die Hälfte seines Budgets für Zins und Tilgung unserer Schulden einsetzen muss, dann ist das doch nicht deshalb akzeptabel, weil andere Staaten noch höher verschuldet sind. Und nur, weil uns eine fragwürdige Medienlandschaft mit den düsteren Prognosen des Staatsbankrotts immer neuer Mitglieder der Währungsunion in Atem hält, können wir uns hierzulande das Verschleppen immer und immer wieder angemahnter Reformen nicht länger gefallen lassen. Hier würde ich mir den Eifer und die Entschlossenheit wünschen, mit denen wir uns, scheinbar um jeden Preis, weltweit zum energie- und umweltpolitischen Musterknaben herausputzen.

Das unerwartete Wachstum des deutsche Bruttoinlandsproduktes im zurückliegenden Jahr von 3,1 %, verbunden mit 560.000 neuen Arbeitsplätzen und davon mehr als die Hälfte in der Industrie und den indu-

strienahen Dienstleistungen, ist vor allem qualitativ hochwertigen Investitions- und Konsumgütern zuzuschreiben, für die unser Land weltweit einen exzellenten Ruf hat. Der guten Nachricht schließt sich eine weniger gute an: wir haben auf 25 Milliarden Euro Wertschöpfung oder rund 1% Wirtschaftswachstum verzichten müssen, weil uns 400.000 Ingenieure, Meister und Fachkräfte für das tatsächlich vorhandene Arbeitsvolumen gefehlt haben. Ganz abgesehen von der Unmöglichkeit, diese Lücke mittelfristig zu schließen, vermisse ich das ehrliche Bekenntnis, dass dieser Bedarf auch zukünftig nicht durch Umschulung und Weiterbildung gedeckt werden kann. Zur Wahrheit gehört auch, dass mit dem unumkehrbaren Rückgang unserer Bevölkerung, im Trend von 81 auf etwa 74 Mio in 2050, sich dieses jährliche Defizit an Fachkräften in den kommenden 20 Jahren kontinuierlich aufaddiert. Deutschland wird sich öffnen müssen, wenn wir unseren Wohlstand, der sich nicht zuletzt in unseren Sozialsystemen widerspiegelt, nicht verlieren wollen. Dabei denke ich nicht zuerst an Freizügigkeit über die Grenzen hinweg, an Mindestlöhne und Qualifiziertenverdienste oder an das Für und Wider eines Punktesystems. Das sind nur die technischen Handwerkszeuge in einem internationalen Wettbewerb um die Besten. Es genügt nicht, die notwendige Hilfe zu organisieren, wir müssen sie wollen. Wir müssen endlich Zuwanderung als Gewinn begreifen. Die Köpfe müssen sich öffnen.

Ich will an dieser Stelle nicht auf die leidenschaftlich geführte Zuwanderungsdebatte eingehen – abgesehen von meinem tiefen Unverständnis für den Umgang mit eigenständigen Ansichten, ein Umgang, der nicht nur die Fragwürdigkeit einer beliebigen und ausgehöhlten ‚politischen Korrektheit‘ zu bedenken gibt, sondern auch ein peinliches Licht auf ein unentschiedenes Demokratieverständnis wirft.

Die zurückliegende Depression, meine Damen und Herren, hat nicht nur die Schwachstellen in unseren Unternehmen aufgedeckt, sondern ebenso einen, wie ich meine, problematischen gesellschaftlichen Veränderungsprozess beschleunigt. So kann es uns nicht unberührt lassen, dass bundesweit der Vertrauensverlust in die politische Führungs- und Leistungsfähigkeit einen bisher nicht gekannten Tiefstand erreicht hat. Die Bürger vermissen – so Professor Oberreuter, Direktor der Akademie für politische Bildung in Tutzing, Glaubwürdigkeit 87 %, Ehrlichkeit 87 %, Sparsamkeit 78 %, Prinzipientreue 73 % und Kompetenz 72 %. Die dazugehörige Beurteilung der Wirtschaft kommt zwar nicht aus Bayern, ist aber gleichermaßen bedenklich: lediglich 32 % der Bürger bringen der Wirtschaft Vertrauen entgegen, nur 21% den Banken und gerade einmal 8% den Konzernmanagern. Immerhin glauben aber noch 76%, sich auf ihren eigenen Arbeitgeber verlassen zu können.

Wir müssen uns also damit auseinandersetzen, dass das Vertrauen der Bürger in die Führung von Unternehmen und in die Soziale Marktwirtschaft einen schwerwiegenden und lange wirkenden Schaden genommen hat. Das macht es der Politik nicht leichter, für eine Wirtschaftsordnung einzutreten, in der unternehmerische Freiheit ihre Legitimation aus der Moral des Marktes bezieht. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Komplexität gesellschaftlicher Strukturen und wirtschaftlichen Handelns, aber auch mit Blick auf erforderliche Abstimmungen innerhalb der Europäischen Union und mehr und mehr auch global, ist überhaupt die Frage zu stellen, in wie weit Politik in der Lage ist, wirksam regulierend einzugreifen und die sich weiter differenzierenden Funktionssysteme auf einen gemeinsam akzeptierten Kurs zu bringen.

Auch Geld spielt natürlich eine Rolle, eine bedenkliche Rolle, wenn ein überschuldeter Staat sich Zugriffsmöglichkeiten des Systems Wirtschaft gefallen lassen muss.

Wenn Sie mit mir übereinstimmen, dass es angesichts des sich rapide verändernden gesellschaftlichen und technologischen Umfelds zu grundlegenden Reformen vor allem der Steuerpolitik, des Gesundheitswesens, der Bildungspolitik, der Energiepolitik oder des Rentensystems, um nur einige wichtige Bereiche zu nennen, kommen muss, dann haben wir von einem Staat, der an Steuerungsmöglichkeiten und Durchsetzungsvermögen spürbar eingebüßt hat, wenig zu erwarten. Eine Flut von Gesetzen und Durchführungsverordnungen bis in das kleinste Detail sind für mich eher ein Indiz der Hilflosigkeit. Der Rückzug auf das formale Regulativ ist schon deshalb ungeeignet, weil es immer vergangenheitsbezogen ist, Dispositionsfreiheit und Kreativität einschränkt und letztendlich unsozial ist, weil unvermeidbare Spielräume gerade dann prinzipienlos und nur auf den eigenen Vorteil bedacht ausgenutzt werden. Die werteorientierte Solidargemeinschaft verkrustet zu einer Gesellschaft, in der Lobbyismus, Parteilichkeit und Opportunismus eine ungute Richtung bestimmen. Warten wir nicht ab, dass gesetzliche und administrative Anordnungen, - und dazu zähle ich auch die Inhalte von Flächentarifverträgen, die eben diese unternehmerische Dispositionsfreiheit einschränken - uns daran hindern, die Neue Soziale Marktwirtschaft eigenverantwortlich, kreativ und betriebsindividuell zu verwirklichen. Bedenkliche Beispiele dafür sind: Beschäftigungsquote von Frauen und Älteren, zusätzlicher bezahlter Bildungsurlaub, Branchen-Mindestlöhne, die unbefristete Übernahme sämtlicher Auszubildender. Warten wir nicht ab, dass sich

durch Bevormundung und die Versagung von Informationen die Distanz zur Politik weiter vergrößert und damit den Raum öffnet für ein Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, das die Väter des Grundgesetzes ausdrücklich ausgeschlossen haben.

So wenig weiterführend es wäre, nach vorurteilsfreien Hintergründen zu forschen, die zu diesen widrigen Einschätzungen führen, so wenig hilfreich wäre an dieser Stelle der Hinweis, dass Politik und Wirtschaft doch gewaltige Anstrengungen unternommen haben und große Risiken eingegangen sind, um eine bis dahin unbekannte Finanz- und Wirtschaftskrise so gut es eben ging zu beherrschen und den Schaden für unser Land in Grenzen zu halten. Ganz offensichtlich ist der Entfremdung von der Politik mit Erfolgsmeldungen in derart komplexen Zusammenhängen nicht mehr zu begegnen. Die fortschreitende Individualisierung einer politikmüden Gesellschaft mit ihrer ausgeprägten Servicemetalität, ihrem ausdrücklichen Anspruch an soziale Bequemlichkeiten, Ihrem ‚Erlebnisdurst‘, lässt sich nicht auf Parteitage und schon gar nicht in unerträglich banalen Talk-Shows auf ein wünschenswertes Maß an Gemeinsamkeit zurückführen. Große Teile der Gesellschaft, das ist mein Eindruck, laufen der Politik mit Riesenschritten davon und demonstrieren damit den Vertrauensverlust, der die Erosion der Volksparteien begründet. So wird weit jenseits der Mitte ein Parteienspektrum provoziert, das die kurzfristige Interessenlage populistisch bedient und eine Protestkultur schafft, die zweckmäßigen und tragfähigen Entscheidungen kaum noch Erfolgsaussichten einräumt. Und – schlimmer noch – in einer zunehmenden Wahlverweigerung Zweifel an der politischen Wirklichkeit des Ergebnisses aufkommen lässt.

Vertrauen zu gewinnen und zurückzugewinnen, gelingt nicht durch Wohltaten. Es liegt in der Natur des Menschen, immer das zu verlangen, was er zusätzlich noch gerne hätte und auch der statistische Beweis, dass es uns in Deutschland so gut geht, wie nie zuvor, ist wenig hilfreich, weil der relative Wohlstand in unserer näheren Umgebung, also das Ausmaß des Wohlstandsgefälles, das Lebensgefühl bestimmt. Die politische Kunst wird es sein, die Balance zwischen dem kurzfristigen Interesse eines immer schneller wechselnden Wählerpotentials und den über den Tag hinausgehenden Zukunftsstrategien herzustellen. Dazu bedarf es meiner Ansicht nach einer neuen Art der Kommunikation, die über die lakonische wortarme Information hinaus die Bürger in die klar umrissene Kursbestimmung und ihre Hintergründe - durchaus mit Zumutungen - frühzeitig und konstruktiv einbezieht. Nur über die überzeugende Vermittlung von Ideenreichtum und Qualität solcher Konzepte wird es gelingen, die Bürger mitzunehmen und vor allem daraus einen ausdrücklichen Führungsanspruch abzuleiten. Das Militär unterscheidet hier zwischen der gestrigen Amtsautorität und einer Fachautorität, über die allein anspruchsvolle Technik beherrscht und Eigenverantwortung entwickelt werden kann.

Amtsautorität... Schauen wir uns doch einmal um in unserem Land.

Für den Vertrauensverlust der Wirtschaft ist es unerheblich, dass immer nur das unverantwortliche Handeln Weniger im Mittelpunkt des medialen Interesses steht. Die Kritik an einem Sensationsjournalismus trifft im Übrigen weniger die, die damit ihr Geld verdienen, als jene, die das lesen, hören und sehen wollen. Wenn gelebt und gesagt wird, was andere uns vorleben und vorsagen, dann lässt das auf den Verlust von persönlicher

Authentizität schließen. Hier hat nicht nur die Bildungspolitik den Auftrag, Wissen und Bildung sorgfältiger zu unterscheiden, das heißt den Erwerb von Know-how zu trennen von der Hinführung zur Selbstbestimmung oder der Suche nach der eigenen Stimme. Jeder von uns, der diesen Zusammenhang erkennt, kann dazu auch im Kleinen einen notwendigen und dienlichen Beitrag leisten.

Meine Damen und Herren, vor der Antwort auf die Frage, was können wir, die Wirtschaft, tun, dem politischen Bemühen um eine bürgerlich-gemeinsinnige Gesellschaft entgegenzukommen, steht die eigene kritische Bestandsaufnahme. Unternehmer sind aufgrund ihrer sozialen und beruflichen Position gegenüber der großen Mehrheit der Bevölkerung erkennbar privilegiert. Sie können den Erwartungen der Gesellschaft aber nur dann entsprechen, wenn sie ihre Verantwortung in der Vertrauensbildung begreifen, wenn sie erkennen, dass sich Verantwortung eben nicht erschöpft im immer wieder notwendigen wirtschaftlichen – und damit auch immer eigennützigen - Erfolg des Unternehmens. Sie erschöpft sich nicht in der Sicherung von Beschäftigung oder in Steuerehrlichkeit oder in abzugsfähigen Benefizien. Zu alledem sind wir verpflichtet. Und wenn wir unsere Arbeit noch so gut tun, wie wir nun sehen, braucht Vertrauen mehr als das.

Um heute die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen und Unternehmern inhaltlich zu beschreiben, müssen wir die Frage beantworten: Was erwarten die Menschen eigentlich, wie wollen sie sich in dieser Gesellschaft wiederfinden? Der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften (1998) Amartya Sen beschreibt das mit dem Anspruch an



Verwirklichungschancen. Entsprechend sei die Güte einer Gesellschaft danach zu bewerten, wie groß die von ihren Mitgliedern genossenen substanziellen Freiheiten sind, die den Individuen die Möglichkeit geben, einen Lebensweg zu wählen, der am besten die eigenen Fähigkeiten fördert. Dahinter versteht sich die Gleichwertigkeit unter Anerkennung von tatsächlich bestehenden sozialen, religiösen, geschlechtlichen oder ethnischen Unterschieden.

Ich habe große Zweifel, ob wir diesem Anspruch genügen.

Indem traditionelle Institutionen und Organisationen wie Schulen, Kirchen, Verbände, Gewerkschaften und Parteien an Bindungskraft und Integrationsvermögen verlieren, identifizieren sich die Menschen nach wie vor mit ihrer Zugehörigkeit zu einem Unternehmen, seinen Produkten und seiner speziellen Kultur. In diesem Mikrokosmos finden sie Verwirklichungschancen und innerhalb einer Belegschaft individuelle Akzeptanz und das Forum für eine Kommunikation, die über die betrieblichen Angelegenheiten hinaus auch den persönlichen und privaten Bereich einschließt. Mit dem zunehmenden Verlust verbindlicher Werte in einer sich immer weiter differenzierenden Gesellschaft kommt der sozialen Verankerung der Menschen in ihrem beruflichen Umfeld eine wachsende Bedeutung zu. Das hat Konsequenzen. Unternehmen und Unternehmer müssen erkennen, dass ihr Handeln einen neuen gesellschaftlichen weil ordnungspolitischen Stellenwert erhält, der jenseits der traditionellen Markt- und Produktverantwortung zu suchen ist. Dazu gehört der Mut, seine Werteüberzeugung zu äußern und ihr zu folgen, das ausdrückliche Bekenntnis zur Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft, das ehrenamtliche und durchaus kommunale Engagement, gerade dort, wo

Bürger Probleme haben mit ihrem Lebensweg, ihren Perspektiven, ihrem Bild von der Gesellschaft. Dazu gehört das Vorbild, mit dem Unternehmen und Unternehmer in Deutschland nicht nur eine bemerkenswerte Industriegeschichte geschrieben haben, sondern ebenso innovativ soziale und gesellschaftliche Entwicklungen vorangebracht haben.

Wenn Unternehmen eine gesellschaftliche Vorbildfunktion und damit eine weiterreichende ordnungspolitische Aufgabe erfüllen sollen, und ich bin davon überzeugt erfüllen müssen und auch können, dann werden Glaubwürdigkeit, Vertrauen und Akzeptanz neben der Produktverantwortung einen gleichen, wenn nicht einen höheren Stellenwert erhalten. Die Sinnhaftigkeit des Tuns und den gesellschaftlichen Nutzen zu verdeutlichen, macht Führen nicht einfacher. Aber es ist genau die Art von Kommunikation und Teilhabe, die staatliches Handeln über weite Strecken vermissen lässt. So kann es gelingen, an einem Ort, der für sich schon einen hohen sozialen Stellenwert hat, eine gesellschaftliche Wende hin zu einem gemeinschaftlichen Bürgersinn mit einem neuen Wertebewusstsein zu schaffen.

Ganz offensichtlich fehlt etwas, wenn Einzelfälle den Eindruck entstehen lassen, dass sich unsere Wirtschaft mehr durch riskante Spekulationen und gesellschaftliches Fehlverhalten, durch einen Mangel an Moral auszeichnet, als durch Innovationskraft, Leistungsbereitschaft und eine hohe soziale Kompetenz. Für die Suche nach dem, was hier fehlt, sind wir geneigt, einige Adressen zu nennen. Die allererste ist jedoch unsere eigene. Es gelingt uns nicht – oder nicht in dem nun notwendigen Maße, Eigenschaften zu vermitteln, die, jenseits des erfolgreichen Tagesgeschäftes die hervorgehobene gesellschaftliche Position des Unternehmers beglaubigen.

Ethik und Moral auseinanderzuhalten, ist dabei hilfreich. Wenn der alte Johann Buddenbrook seinen Kindern mit auf den Weg gab: Mein Sohn, sey mit Lust bey den Geschäften am Tage, aber mache nur solche, dass wir bey Nacht ruhig schlafen können. – dann hat das erst etwas mit Moral zu tun - und ich entschuldige mich vorab bei Thomas Mann - wenn ich ergänze: ... dass wir bey Nacht ruhig schlafen können, weil wir nicht nur ehrbare Kaufleute sind, sondern darüber hinaus in den Vermögenswert Vertrauen investieren.

Für die Wirtschaft mit ihrem vielfältigen arbeitsbestimmten Beziehungsgeflecht nach innen und außen ist Vertrauen ein Aktivposten, der zwar nicht in die Bilanz eingestellt wird, sie aber gleichwohl ganz wesentlich beeinflusst. Genau so werden wir in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung diesen Vermögenswert nicht finden, wenngleich ihr Ergebnis mit dem Vertrauen in unsere Wirtschaftsordnung, in die Soziale Marktwirtschaft, untrennbar verbunden ist. Auch hier haben die Verwerfungen an den Finanzmärkten tiefe Spuren hinterlassen und das ohnehin schon tiefe Misstrauen in den Markt als Regulativ begrenzter Güter und Leistungen hat neuen Auftrieb erhalten. Jedoch der laute Ruf nach staatlichen Interventionen übersieht schnell, dass gerade das Fehlen marktwirtschaftlicher Regeln die eigentliche Ursache für den Zusammenbruch der Finanzmärkte war und für die fortwährenden Probleme ist. Der Staat sollte sich demnach – wie auch in der sogenannten Realwirtschaft – darauf beschränken, Rahmenbedingungen zu geben, in denen das immer noch mögliche unternehmerische Risiko untrennbar mit den daraus zu verantwortenden Konsequenzen verbunden ist. Vergessen wir nicht, dass es die Landesbanken waren, die sich verhängnisvoll den hochspeku-

lativen Geschäften zuwandten und wenn sich Ralf Darendorf in diesem Zusammenhang das Urteil einer ‚neuen Version vom Nachtwächterstaat‘ erlaubt, dann interpretiere ich das mit der unfähigen und wenig sachkundigen Aufsicht von Politik und Ministerialbürokratie.

Wenn auch die industrielle Wertschöpfung die unverzichtbare materielle Grundlage für unseren Sozialstaat darstellt, das Leitbild für ein Neues Wirtschaften schließt alle Bürger und alle Lebensbereiche ein. So wie es gelungen ist, in verhältnismäßig kurzer Zeit ein durchgängiges ökologisches Bewusstsein zu vermitteln, so muss sich Neues Wirtschaften allgemeinverbindlich etablieren. Dabei wird es in allererster Linie auf die gerechte Gestaltung von gesellschaftlichen Normen, Institutionen, Strukturen und sozialen Systemen ankommen, um ein weitest verbreitetes subjektives Gerechtigkeitsempfinden herzustellen, das die elementare Voraussetzung für den gesellschaftlichen Konsens ist. Wir haben es dabei mit einem übergreifenden Mentalitätswandel zu tun, analog der Analyse des großen Soziologen Max Weber in seiner Schrift: ‚Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus‘. Die nach wie vor schlüssige These darin ist, dass kapitalistisches Wirtschaften die weit verbreitete Bereitschaft verlangt, unmittelbare Befriedigung aufzuschieben. Auch wenn die Lebensmaxime ‚Arbeiten und Sparen‘ ihr früher religiös begründetes Fundament heute weitgehend verloren hat, bleibt sie doch für das Funktionieren und die Legitimation des Kapitalismus wesentlich. ‚Enjoy now, pay later‘ beschreibt stattdessen den verhängnisvollen Übergang vom Realen zum Virtuellen, zum nicht mehr beherrschbaren Schuldenkapitalismus.

Weil der geforderte Mentalitätswandel letztendlich auf die makroökonomischen und gesellschaftlichen Prozesse abzielt, wird die Akzeptanz und Durchsetzbarkeit einer notwendigen Wende und Neugestaltung wirtschaftlichen Handelns ganz wesentlich davon abhängen, ob Veränderungen als gerecht erfahren werden. Staatliche Verschuldung und Generationengerechtigkeit, Chancengleichheit bei zunehmenden Ansprüchen an Bildung und berufliche Qualifikation, Beteiligungsgerechtigkeit in der Abwägung von Leistung und Verteilung, Bedarfsgerechtigkeit vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung sind einige Spannungsfelder, für die wir überzeugende und die Menschen gewinnende Antworten finden müssen. Eine sogenannte Systemrelevanz beispielsweise, die die Vermutung stützt, dass Gewinne privatisiert und Verluste der Gemeinschaft zugewiesen werden, untergräbt das Vertrauen in den Rechts- und Sozialstaat.

Wir, die Wirtschaft, haben in dieser Debatte deshalb ein Problem, weil die Ökonomie – will sie auf lange Sicht erfolgreich sein – Gesetzen folgen muss, die, bei sich immer schneller ändernden Lebensumständen und auch Rahmenbedingungen, all zu leicht mit einem volatilen Gerechtigkeitsurteil in Widerspruch treten. Mindestlöhne sind, abgesehen von einem ordnungspolitisch nicht akzeptablen Staatseingriff in die Tarifautonomie, ökonomisch ein grober Unfug, weil das dadurch gestörte Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage mittelfristig auf Arbeitslosigkeit hinausläuft. Gleichwohl werden Mindestlöhne als gerecht empfunden. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist eine zwingende Konsequenz für eine gerade hinlängliche Finanzierung der Sozialsysteme. Die

weitaus überwiegende Mehrheit – vor allem die Generation der Berufstätigen – nimmt diese Maßnahme als ungerecht war.

Die marktwirtschaftliche Zuordnung grundsätzlich knapper Ressourcen und die Handlungs- und Koalitionsfreiheit des Einzelnen sind weltweit immer noch das alternativlose Erfolgsrezept für Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum. Und für einen leistungsfördernden Wettbewerb, dem wir uns gerade in einem globalen Umfeld nicht entziehen können und nicht entziehen dürfen. Somit stellt sich für uns die Schlüsselfrage: Ist die Soziale Marktwirtschaft, ist die Neue Soziale Marktwirtschaft, die geeignete Ordnung, aus sich heraus den Erneuerungsprozess in Gang zu setzen und dem Neuen Wirtschaften die erforderliche breite Akzeptanz zu verschaffen? Oder: hat die Neue Soziale Marktwirtschaft bei der Beschreitung dieses schwierigen Terrains die Befähigung, unterschiedliche und auch gegensätzliche gesellschaftliche Werte in eine Kongruenz zu bringen, um die gefühlte subjektive Gerechtigkeit, die den Zusammenhalt unserer Gesellschaft bedingt, herzustellen? Wieder herzustellen?

Die Soziale Marktwirtschaft kann das leisten, wenn wir sie nicht gewollt missverstehen und so zurechtbiegen, wie wir es gerade brauchen. Die veränderte Wettbewerbssituation und spürbar engere Verteilungsspielräume sind schon Anlass genug, sich ernsthaft Gedanken zu machen, was seit Walter Eucken, Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard aus den Grundprinzipien dieser Wirtschaftsordnung geworden ist. Subsidiarität, hier eine politische und gesellschaftliche Maxime, die Selbstverantwortung und Eigeninitiative vor das staatliche Handeln stellt, ist in den zurückliegenden dreißig Jahren, in denen wir über unsere Verhältnisse

gelebt haben, in einem Daseinsvorsorgestaat zur Unkenntlichkeit verkommen. Heute müssen wir uns eingestehen, dass die kollektive Übernahme von Verantwortung, im Gleichschritt mit einer notwendigerweise ausufernden Regelungsdichte, die persönlichen Freiheiten spürbar beschneidet.

Benjamin Franklin sagte dazu: ‚Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.‘

Und in seinem Versuch ‚die Grenzen des Staates zu bestimmen‘ erkannte schon Wilhelm von Humboldt, ‚dass der allzu viel geleitete Mensch Mut und moralischen Charakter verliert.‘

Neues Wirtschaften braucht diese Eigenschaften zuallererst.

Vor dem Hintergrund zukünftig eingeschränkter Transferleistungen des Staates und der persönlichen Herausforderung des Einzelnen an seine weitreichende Eigenverantwortung werden wir uns einer noch vehementer geführten Gerechtigkeitsdebatte stellen müssen, wenn wir das Feld nicht politischen Interessen überlassen wollen, die alles andere als eine pluralistische Gesellschaft im Auge haben. Dabei genügt es nicht, wie wir heute wissen, auf das gründlich misslungene Experiment sozialistischer Planwirtschaft hinzuweisen. Es genügt auch nicht, die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wie eine Monstranz vor uns herzutragen und an ihre Erfolgsgeschichte zu erinnern. Und ebenso eine Rückkehr zur protestantischen Askese des Calvinismus können wir wohl ausschließen.

Aber: Neues Wirtschaften wird von mehr Bescheidenheit und bürgerlichem Gemeinsinn geprägt sein müssen, wenn wir uns der gefühlten subjektiven Gerechtigkeit nähern wollen.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, abschließend versuchen, die hier gewählten drei Aktionsfelder - Politik, Unternehmen und Soziale Marktwirtschaft – in einer positiven Perspektive zusammenzuführen. Das kann gelingen, wenn wir uns erneut mit dem Gedankengut der Gründungsväter der Sozialen Marktwirtschaft befassen, die, wie vor ihnen die großen Nationalökonominnen – und bezeichnenderweise Philosophinnen - Adam Smith und David Hume, den Menschen nicht funktional und als kühlen Nutzenmaximierer gesehen haben. Was Politik mit Wertebewusstsein, die Unternehmen mit Corporate Social Responsibility und die Soziale Marktwirtschaft mit Solidargemeinschaft meint, verbindet sich in einem ethischen Anspruch, der das Individuum als Ganzes betrachtet und ihm, jenseits von Effizienz und Nutzen, gerecht wird. Es ist das soziale Kapital, das unseren Wohlstand begründet und ihn sichert. Der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama spricht von ‚High-Trust-Societies‘, in denen ein ‚hoher Grad an Vertrauen die gesellschaftlichen Transaktionskosten senkt und sie damit von innen her produktiv macht.’

Für den bekannten Zukunftsforscher Matthias Horx ist deshalb Vertrauen ein wesentlicher Bestandteil des ‚Geheimnisses des Fortschritts‘ in seinem jüngsten Buch: ‚Das Megatrend Prinzip – Wie die Welt von morgen entsteht‘. Mit dieser dringenden Buchempfehlung an alle, die über den Tag hinaus denken, bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.



